

Kinder im Visier der Umerzieher

«Hurra – wir spielen Scharia»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Rassismuskommission will unseren Kindern schon im Vorschulalter die «Vorteile der Vielfalt» eintrichtern. Themen wie Kopftuch tragen, Zwangsverheiratung oder Ehrenmord sind dagegen tabu.



Seit Georg Kreis das Zep- ter der Eidgenössischen Rassismuskommission (EKR) an Martine Brun- schwig Graf übergeben hat, hat die EKR viel von ihrer moralisierenden Überheblichkeit abgelegt. Die Kommission wird nicht mehr ausschliess- lich dazu missbraucht, mit Hochmoral und Steuergeldern die «falsche Gesin- nung» zu bekämpfen. Ihr Wirken ist aber immer noch problematisch.

15 Jahre Beeinflussung

Das Bulletin der EKR vom Juni 2016 ist nämlich dem Thema «Schule» gewidmet. Und die Präsidentin sieht

Potential: «Bei der Rassismusbekämpfung und der Rassendiskriminierung (...) erweist [die Schule] sich tatsächlich als unverzichtbarer Bezugsort.» Die ver- unglückte Formulierung wird gleich konkretisiert: Die Kinder könnten während 15 Jahren und länger beeinflusst werden. Die Lehrkräfte müssten deshalb gezwungen werden, das Thema Rassismus zu behan- deln. Gemeinsam ist den verschiedenen Beiträgen die Forderung, unsere Kinder schon im Vorschulalter der Beeinflussung auszusetzen. Die Antidiskriminie- rungs-Pädagogik sei in der Schweiz leider – im Gegen- satz zur EU – zu wenig verankert. Was allerdings mit dem Lehrplan 21 ändern werde.

Ist Ehrenmord okay?

Problematisch sind nicht nur der angeblich allgegen- wärtige Rassismus, sondern auch die «Beteiligung der Schweiz am Kolonialismus und der Sklaverei»,

Statistik als Herrschaftsinstrument

Wir leben zweifelsohne im Zeitalter der Statistik. Statis- tische Daten ermöglichen der Menschheit vermeintlich Zugang zu allem Wissen dieser Welt. Statistik ist heute gleichbedeutend mit Wahrheit.

Das gilt in Bundesbern ganz besonders. Statistik wird dort zu allen nur erdenklichen Themen am Laufmeter produziert: Bevölkerung, Arbeit, Umwelt, Preise, Indus- trie, Landwirtschaft, Energie, Bau, Tourismus, Verkehr, Banken, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Me- dien, Politik, Lebensqualität in den Städten, Gleichstel- lung von Mann und Frau – alles wird in Statistiken gepresst und von einer Heerschar an Beamten ausgewertet.

Statistikerhebung ist für die meisten Akteure ein Ärger- nis: Für den Steuerzahler, der dazu genötigt wird, eine Vielzahl schwachsinniger Studien mitzufinanzieren, die für ihn ohne jeglichen Nutzen sind. Auch Unternehmer werden dazu gezwungen, an unzähligen statistischen Erhebungen mitzumachen und leiden enorm unter dem Papierkram, der sie davon abhält, Wohlstand für die Be- völkerung zu schaffen.

Wieso bestehen Politiker trotzdem auf Statistiken, ob- wohl alle darunter leiden? Weil sich das Volk dadurch erst regieren lässt.

FREIHEIT
statt
KNECHTSCHAFT

Da Bürokraten nicht am Marktgeschehen teilnehmen und keine Ahnung haben, was dort passiert, brau- chen sie zur Verwirklichung ihrer politischen Visio- nen Statistiken, um überhaupt mit ihren Zwangs- und Interventions-Werkzeugen in den Markt eingreifen zu können. Erst durch Statistiken finden sie annäherungs- weise heraus, wer was braucht. So nehmen sie sich als unbeteiligte Dritte das Recht heraus, die von Marktteil- nehmern freiwillig vereinbarten Konditionen über den Haufen zu werfen und diesen stattdessen ihre eigenen Standards aufzuzwingen.

Die aktuell grösste Sorge von Schweizer Unternehmern ist die Überregulierung. Trotz diverser Versprechen, die Bürokratie zurückzudrängen, passiert in der Pra- xis nicht viel. Vielleicht müssten wir uns daher die Worte des herausragenden Denkers Murray Rothbard zu Herzen nehmen, der meinte: «Statistiken sind die Augen und Ohren der Bürokraten, der Politiker und der sozialistischen Reformer. [...] Würden diese Augen und Ohren abgetrennt, würde dies die entscheidende Orientierungshilfe zerstören und die Gefahr von Staats- interventionen fast komplett eliminieren.»

Robert Zimmermann

die «Verstrickung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg» und aus unerklärlichen Gründen auch «der Schweizer Föderalismus». Ausgeblendet werden müssen dagegen «Themen wie Kopftuch tragen, Zwangsverheiratung oder Ehrenmord», weil hier «gesellschaftlich vorherrschende Diskurse und Bilder ins Spiel kommen und zudem auch politische Instrumentalisierung zum Tragen kommen können».

Unerwähnt bleibt daher auch die Radikalisierung, der Rassismus und Antisemitismus muslimischer Schüler. Dass Antisemitismus vorrangig von Migrant*innen ausgeübt wird, muss den Kindern verschwiegen werden, denn der Rassismus- bzw. Antisemitismusvorwurf sei eine «Form von rassistischer Zuschreibung», er leiste der «Islamfeindlichkeit» Vorschub. Wer Rassismus bei Migrant*innen anprangert, ist also selber ein Rassist. Nur Schweizer können Rassisten sein, so die rassistische Betrachtungsweise unserer Antirassisten.

Lehrplan 21

Was also tun, um die kleinen Schweizer Rassisten umzuerziehen? Der Lehrplan 21 soll es richten. Denn zu dessen Grundlagen gehört zum Beispiel: «Vielfalt als Bereicherung erfahren können». Die Verankerung von Prävention und Bekämpfung von Rassismus an Volksschulen sei mit der Implementierung des Lehrplans 21 vorgesehen. Und durch interkulturelles Lernen könne ein bewusster Umgang mit Vorurteilen und mit kultureller Vielfalt geübt werden. Der Religionsunterricht hingegen soll – ebenfalls mit der Ausarbeitung und Umsetzung des Lehrplans 21 – zu einem reinen Geschichtsfach zurückgebildet werden. Und auch hier bietet sich die Möglichkeit an, junge Menschen von den Vorzügen und Vorteilen der «Vielfalt» zu überzeugen. Vom Steuerzahler finanziert, steht ein Sortiment von rund 600 Titeln an Lehrmaterial zur Verfügung.

«Hurra – wir spielen Scharia»

Gerade bei kleinen Kindern reicht es aber nicht, sie in gemischten Gruppen spielen zu lassen. Es muss auch darauf geachtet werden, dass sie nicht nur mit weissen, mitteleuropäisch aussehenden Puppen und Spielfiguren spielen können. Für die Kinder im Vorschulalter wird die «Vielfaltbox» für Kitas und Spielgruppen zur Verfügung gestellt, damit die Kinder spielerisch beeinflusst werden können. Ob bei der Umerziehung dagegen auch weniger bereichernde Aspekte der «kulturellen Vielfalt» wie Ehrenmord, Scharia und Zwangsbeschneidung thematisiert werden, darf mit Fug bezweifelt werden. Das Spiel «Hurra – wir spielen Scharia», mit dem die Kinder bereits im Vorschulalter auf die Rechtskultur importierter Parallelgesellschaften vorbereitet werden könnten, findet sich in der «Vielfaltbox» jedenfalls nicht.

Die Kleinen werden die dunkle Seite der «kulturellen Vielfalt» früh genug zu spüren bekommen.

Hermann Lei

Schlamassel-Strategen



Auch die Tagesschau ist dabei, wenn Volk und Stände bezüglich des Entscheids gegen die Masseneinwanderung betrogen, umgangen, verraten werden. Es wird mit der Nicht-Umsetzung dieses Entscheids keineswegs «die SVP isoliert» (Tagesschau, 5. Dezember). Das Beschlossene, Resultat einer Volksabstimmung, steht in der Bundesverfassung – als verbindlicher Auftrag an Bundesrat, Parlament und Verwaltung: Einwanderungs-Steuerung durch Schweizer Behörden – mit klaren Obergrenzen, wofür Kontingente festzulegen und Schweizer am Arbeitsplatz zu bevorzugen sind. Es wird, wenn dieser Auftrag liquidiert wird, nicht die SVP übergangen. Es wird – unter Führung von 18-Prozent-Müller und seiner an seinen Fäden zappelnden Präsidentin Gössi – das Volk «verseckelt». Mit allen Listen und Kniffen, mit Lug und Trug!

Auch Auslassungen festigen Unwahrheiten: Schwadroniert wird von «Inländervorrang». Müllers Verbündeter, der linke Wermuth behauptet, das komme «Schweizern» zugute. Kein Wort daran ist wahr: Die EU-Personenfreizügigkeit, an welche die Schweiz mittels bilateralem Vertrag gefesselt ist, verbietet jede Bevorzugung eigener Staatsbürger. Die eigene Verfassung tritt unser Parlament mit Füßen, EU-Recht ist ihm heilig: Jeder EU-Bürger – er muss dafür nicht einmal in der Schweiz wohnen – ist jedem Schweizer gleichzustellen. Inländervorrang schützt Schweizer weder vor Deutschen noch vor Spaniern, weder vor Letten noch vor Portugiesen, weder vor Dänen noch vor Franzosen und Italienern.

Spalte
rechts

Das Bundesgericht – beklagenswerterweise mit von der Partie bei der Hintergehung des Souveräns – hat vor Jahresfrist glasklar festgehalten: EU-Recht, die Regeln der EU-Personenfreizügigkeit seien für Lausanne unumstösslich verbindlich – was immer das hiesige Parlament an echten oder Scheinkompromissen zusammenschustere.

Müller und Co., Bundesverwaltung und Funktionäre in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wissen genau: Brüssel hat Vorrang, der Schweizer Souverän das Nachsehen. Jeder Ausverkaufsentscheid – selbst wenn er der Bundesverfassung diametral widerspricht – wird von Lausanne gedeckt.

Sie, die Ausverkäufer der Schweiz, geben keine Ruhe, bis auch die Schweiz in jenem unentrinnbaren EU-Schlamassel steckt, zu welchem Italien eben das neuste Kapitel schreibt.

Ulrich Schlüer